VERFASSUNGSSCHUTZ

Journalistin besteht auf Auskunft

Die Affäre um eine im niedersächsischen Verfassungsschutz geführte Akte über die Journalistin Andrea Röpke geht auf eine Strafanzeige in Bremen zurück. Am 9. März 2005 trat Röpke auf einer Veranstaltung der Grünen in der Bremer Bürgerschaft auf, wo der Film „Neonazistische Umtriebe in Bremen“ gezeigt wurde. Ein Bürger erstattete Anzeige gegen die mehrfach ausgezeichnete Journalistin, weil sie erklärt haben soll, sie werde „gegen den Faschismus in jeder Form kämpfen“. Die Staatsanwaltschaft Bremen leitete ein Verfahren wegen des Verdachts der „Aufforderung zu Straftaten“ ein. Weil Röpke in einem nahegelegenen niedersächsischen Vorort von Bremen wohnt, leitete das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) eine förmliche Polizeimitteilung an den Verfassungsschutz in Hannover weiter. Dort legten die Beamten einen Vorgang über sie an. Die Bremer Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen kurz darauf wieder ein.
„Bei uns wäre das allein kein Grund gewesen, eine Akte über eine Journalistin anzulegen“, sagt der Bremer LfV-Chef Hans-Joachim von Wachter. So sieht es auch Maren Brandenburger, die seit Anfang 2013 Präsidentin des niedersächsischen Verfassungsschutzes ist und den Fall im September publik machte. Eine vollständige Aktenauskunft erhielt Röpke indes nicht – mit Verweis auf den Quellenschutz. Dabei geht es unter anderem um einen Hinweis aus dem Jahr 2011, wonach Röpke damals gefährdet gewesen sein könnte. Die Journalistin verlangt uneingeschränkte Auskunft und hat Klage beim Verwaltungsgericht in Stade eingereicht.

GETTY IMAGES

Rechtsextreme in Bremen

MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK.NET

Tebartz-van Elst

KATHOLIKEN

Beweise gegen Limburger Bischof

Die Ermittlungen zum Limburger Kirchenbauskandal werden voraussichtlich schon in dieser Woche mit überraschend klaren Ergebnissen abgeschlossen. Sie sollen Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst, 54, stark belasten. Der fünfköpfigen kirchlichen Untersuchungskommission ist es offenbar gelungen, justitiable Ergebnisse zu dokumentieren, die zu einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen den Geistlichen führen könnten. Die kirchlichen Ermittler waren bei ihrer Spurensicherung zunächst Hinweisen auf eine Geheimregistratur nachgegangen, die in den eigens angemieteten Räumen einer Art konspirativen Wohnung in Limburg lagerten. Dort fanden sie die wichtigsten Unterlagen zum kirchlichen Protzbau. Wegen fehlender Schlüssel verzögerte sich zunächst der Zutritt. Einige bislang unbekannte Finanzierungspapiere tragen beweiskräftig die bischöfliche Unterschrift. Die bisher auf 31 Millionen Euro geschätzten Baukosten des Limburger Bischofshauses liegen demnach wesentlich höher.

Zudem wurde aus mindestens einer kirchlichen Stiftung im Bistum Geld herausgezogen, um das aufwendige Bauvorhaben zu finanzieren. Der gesamte Abschlussbericht der Kommission geht nach seiner Fertigstellung an die Deutsche Bischofskonferenz und nach Rom. Erst dann soll eine Entscheidung über das Schicksal des Bischofs fallen, der weiterhin versichert, alles sei korrekt verlaufen. Auf mehreren Versammlungen von Katholiken im Bistum wurde in den vergangenen Tagen eine rasche endgültige Absetzung Tebartz-van Elsts angemahnt. „Jeder Tag, den er länger im Amt bleibt, geht jetzt auch auf Kosten der Glaubwürdigkeit von Papst Franziskus“, warnte ein Limburger Priester auf einem Treffen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung. Im Umfeld des Papstes denkt man inzwischen an eine Versetzung des gefallenen Bischofs ins Ausland nach, etwa in Form einer Stiftungsprofessur oder eines Einsatzes in einer Nuntiatur. Auch eine Art Frühpensionierung ist im Gespräch.